



Dr. Ilja Seifert

Mitglied des Deutschen Bundestages

14. Juni 2013

XII. Deutsch-Russische Städtepartnerkonferenz für Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

„Die umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in den Kommunen war ein wichtiges Thema auf der XII. Deutsch-Russischen Städtepartnerkonferenz, die vom 8. bis 11. Juni 2013 in Uljanowsk stattfand. Das freut mich sehr, denn die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention muß vor allem in den Kommunen stattfinden. Städtepartnerschaften sind eine gute Möglichkeit für den diesbezüglichen internationalen Erfahrungsaustausch – natürlich unter Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen und ihren Organisationen“ erklärt Ilja Seifert, stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Russischen Parlamentariergruppe sowie Behinderten- und Tourismuspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

Erstmalig hat dieses bedeutende Forum, an der rund 100 partnerschaftlich verbundene Kommunen aus Deutschland und Rußland teilnahmen, sich intensiv mit Fragen der Inklusion und der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention befaßt.

Auf dem Workshop zum sozialen Zusammenhalt und zur Inklusion, organisiert von der Stiftung West-Östliche Begegnungen, nahmen u.a. Yevgeniy Petcherskih vom Verband der Rollstuhlfahrer „Desnia“ aus Samara, André Nowak vom Berliner Behindertenverband und der Berliner Landesbehindertenbeauftragte Dr. Jürgen Schneider als Referenten teil. Auf Vorschlag dieses Workshops nahmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz auf dem Abschlußplenum einstimmig nachfolgende Resolution an:

„Die XII. Russisch-Deutsche Städtepartnerkonferenz engagiert sich für lebenswerte, inklusive Kommunen, in denen Menschen mit und ohne Behinderungen gleichermaßen leben können. Maßstab ist dafür die UN-Behindertenrechtskonvention.

Der Erfahrungsaustausch zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sollte ein fester Bestandteil der Arbeitspläne aller Städtepartner werden. Menschen mit Behinderungen und ihre Organisationen sind dabei aktiv einzubeziehen.

Alle Aktivitäten, die im Rahmen von Städtepartnerschaften stattfinden (Kultur, Sport, Jugend, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft usw.), sollen unter aktiver Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen und ihren Organisationen organisiert und durchgeführt werden.“

PRESSMITTEILUNG